

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Krise? Solidarisch bewältigen! (modifizierte
Übernahme von Ä1 bis Ä8)

Antragstext

1 Wir stecken im Moment in einer der größten Überlappungen: Klimakrise,
2 Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen rechtskonservativer
3 Kräfte. Pandemie, Fachkräftemangel und Pflegenotstand. Krieg und
4 Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer angeblichen **Polykrise**, denn alles
5 bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen Kapitalismus, der
6 seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren Alltag bestimmt. In
7 diesen Zeiten braucht es ganzheitliche, linke Antworten. Gleichzeitig ist die
8 gesellschaftliche Linke durch interne Konflikte und Spaltung nahezu
9 handlungsunfähig.

10 Viele Menschen wissen nicht, ob sie die nächste Gasrechnung noch bezahlen
11 können, ob sie bald aus der Wohnung geschmissen werden, oder ob sie sich noch
12 den nächsten Einkauf leisten können. Gleichzeitig entzieht die Klimakrise schon
13 jetzt immer mehr Menschen die Lebensgrundlage und Putin führt seinen
14 unmenschlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Wir sind auch inmitten von
15 enorm großen Herausforderungen und müssen jetzt solidarische und gerechte
16 Antworten finden. Solidarisch mit der Ukraine, gerecht und entlastend für alle
17 und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen
18 und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns für sie
19 einzutreten und beizutragen, die gesellschaftliche Linke als ganzes wieder
20 handlungsfähig zu machen.

21 In Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt nehmen wir dabei eine Sonderrolle ein. Wir
22 leben in einem Bundesland mit extrem hoher Armutsquote - schon vor der
23 Inflation. Bereits 40% aller Deutschen haben keine Ersparnisse mehr. Dabei

24 müssen wir jedoch beachten, dass das durchschnittliche Vermögen der
25 Westdeutschen (ab 17 Jahren) im Jahr 2017 mit ca. 120.000 Euro mehr als doppelt
26 so hoch wie das der Ostdeutschen mit ca. 55.000 Euro lag. Im Jahr 2017 verfügten
27 die meisten jungen Erwachsenen (18 bis 25 Jahre) sowohl in West- als auch in
28 Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass
29 Menschen aus/in Ostdeutschland, insbesondere angesichts der steigenden
30 Inflationsraten, noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland.
31 Es ist kein Wunder, dass diese Entwicklung immer mehr Menschen frustriert und
32 die von Rechten gebotenen unterkomplexen Erklärungsmuster und Feindbilder
33 zunehmend Anklang finden.. Sozialpolitische Maßnahmen, wie die Anhebung des
34 Mindestlohns oder das Bürgergeld sind kaum mehr als ein Inflationsausgleich und
35 fühlen sich wie ein schlechter Witz an. Es braucht Maßnahmen, die für ein Leben
36 in Würde ausreichen und sowohl kurz- als auch langfristig existenzen zuverlässig
37 sichern und soziale Ungleichheit abbauen.

38 **Niemand darf im Kalten sitzen!**

39 Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind unzureichend und sozial
40 ungerecht. Die meisten Entlastungen werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt.
41 Dabei kommt bei bedürftigen zu wenig an, während Reiche überproportional
42 entlastet werden. Gleichzeitig ist die genaue Umsetzung vieler Maßnahmen
43 intransparent.

44 Das bedeutet: Die Landesregierung muss endlich Formen der Entlastung an die
45 Teile der Bevölkerung liefern, die sie wirklich brauchen.

46 Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Azubis, Student*innen,
47 Alleinerziehende und Menschen, die Grundsicherung beziehen, dürfen nicht im
48 Kalten sitzen - deswegen fordern wir ein **Moratorium für Strom- und Gassperren**.
49 Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, sicherzustellen, dass
50 niemand in menschenunwürdigen Bedingungen leben muss. Dafür müssen Stadtwerke
51 und andere Energieversorger einen Rettungsschirm erhalten!

52 Das ist jedoch nur eine kurzfristige Lösung. Um einer Energiekrise auch in
53 Zukunft aus dem Weg zu gehen, müssen wir die **Energieversorgung sichern!** Unsere
54 Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden
55 Energiepreise und zerstört gleichzeitig unsere Lebensgrundlage. Der beste Weg,
56 um eine langfristige und nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen, ist also
57 ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Perspektivisch gehört die
58 Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir brauchen dezentrale
59 Energieversorgung in Bürger*innenhand. Weitere Privatisierung der
60 Energieversorgung aufgrund der aktuellen Krisensituation muss ausgeschlossen
61 werden!

62 **Wohnen als Grundrecht!**

63 Ein Moratorium hilft nicht, wenn man die eigene Wohnung verliert, weil man sie
64 sich nicht mehr leisten kann. Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer
65 höher – Halle ist das neue Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet
66 vielleicht, dass LSA langsam attraktiver wird. Andererseits bedeutet es,
67 besonders im Kontext mit den Teuerungen bei Lebensmitteln, Nebenkosten uvm.,
68 dass immer mehr Menschen ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Wir fordern,
69 **die Aussetzung von Kündigungen und Zwangsräumungen!** Außerdem müssen die Mieten
70 vorübergehend eingefroren werden.

71 **Rechtsextremen Narrativenentschieden entgegentreten!**

72 Zur Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD ihre Prozente im Vergleich zur
73 letzten Landtagswahl verdoppelt. Von etwa 11% können wir in Sachsen-Anhalt zwar
74 nur träumen, trotzdem können wir diese Entwicklung nicht still akzeptieren und
75 resignieren. Im vergangenen turbulenten Jahr hätten die Grundbedürfnisse der
76 Menschen konsequent priorisiert werden müssen, um den gesamtgesellschaftlichen
77 Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Während der Coronapandemie gelang das nicht
78 immer – Eltern wurden alleine gelassen, Menschen am Rand der Gesellschaft fielen
79 durchs Raster, die Erhaltung und der dringend notwendige Ausbau der sozialen
80 Infrastruktur, bspw. der psychischen Gesundheitsversorgung, wurde ignoriert. Die
81 AfD profitiert davon besonders im Zusammenhang mit der Krise, da sie ein
82 Gegenmodell zum Status Quo bietet, das besonders für Menschen, die um ihre
83 Existenz bangen, attraktiv klingt und einfach zu vermitteln ist. Wie
84 Anschlussfähig sie dadurch ist, wird sehr anschaulich bei Demonstrationen in
85 Sachsen-Anhalt: Ob in Quedlinburg, Halle oder Magdeburg - bei den Protesten von
86 Querdenken und vergleichbaren Initiativen mit Verbindungen zur AfD, die sich
87 inzwischen die Energiekrise zu Eigen gemacht hat und sich als Verbündete von
88 Putin verstehen, sind bei Weitem mehr Demonstrant*innen als bei linken
89 Protesten, die für echte soziale Entlastungen auf die Straße gehen. Das kann so
90 nicht weitergehen! **Die AfD darf nicht weiter wachsen!**

91 Wir sagen: **Genug ist genug** und unterstützen dabei sowohl die Bundesinitiative
92 aber auch Ableger-Ortsgruppen in Sachsen-Anhalt, die ähnliche/gleiche
93 Ziele/Forderungen verfolgen. Alleine können wir nicht viel bewirken - nur
94 gemeinsam in Bündnissen können wir uns als Bewegung auf die Straße gehen und für
95 echte soziale Entlastungen kämpfen und dabei den Rechten den Wind aus den Segeln
96 nehmen!

97 Zudem braucht es in ländlichen Räumen mehr Beteiligungsmöglichkeiten und
98 Bildungsangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.
99 Egal ob Jugendparlamente, Vereine oder Kulturangebote - der Unmut über die

100 Zustände bei jungen Menschen müssen wir in Aktivismus und Beteiligung lenken,
101 anstatt ihn in Frust und Enttäuschung übergehen zu lassen. So nehmen wir
102 Rechtspopulist*innen den Nährboden!

103 **Umverteilung von oben nach unten!**

104 Die soziale Ungleichheit wächst in Deutschland schon seit Jahrzehnten. Die
105 aktuellen Krisen wirken als Katalysatoren für diese Entwicklung. Während
106 hunderttausende Arbeitnehmer*innen aufgrund der Coronapandemie in Kurzarbeit
107 geschickt wurden und viele Selbstständige Sozialhilfe beantragen mussten,
108 machten Konzerne Rekordgewinne.

109 Während die Kaufkraft einer großen Mehrheit der Bevölkerung durch die Inflation
110 rapide abnimmt, steigen die Gehälter von Dax-Managern um durchschnittlich 25%.
111 Zwei Familien haben mittlerweile so viel Vermögen, wie 42 Millionen deutsche
112 Zusammen.

113 Auch diese Entwicklung trägt zu Perspektivlosigkeit und Frustration in großen
114 Teilen der Bevölkerung und damit zum Erstarken rechter und konservativer Kräfte
115 bei. Sie ist ungerecht und keine Gesellschaft kann sie langfristig überstehen.
116 Es ist höchste Zeit sie umzukehren und von oben nach unten unzuverteilen!

117 Neben einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes in Verbindung mit einer höheren
118 Einkommensgrenze fordern wir die **Einführung einer Vermögenssteuer** auf Vermögen
119 ab 1 Mio € bei natürlichen und 5 Mio € bei juristischen Personen.

120 Insbesondere hohe Erbschaften perpetuieren sozioökonomische Ungleichheiten.
121 Heute wird so viel vererbt wie noch nie. Gleichzeitig ist die Erbschaftssteuer
122 so leicht zu umgehen, dass vor allem Reiche meist kaum welche zahlen. Es braucht
123 also zusätzlich eine funktionierende und höhere **Erbschaftssteuer!**

124 Reiche sind die Hauptverursacher der Klimakrise und haben in den vergangenen
125 Krisenjahren besonders von staatlichen Hilfen profitiert. Um als Gesellschaft
126 solidarisch durch die Krise zu kommen und die sozial-ökologische Transformation
127 voranzubringen, müssen sie einen Teil zurückgeben. Daher fordern wir eine
128 Vermögensabgabe für die obersten 1%.

129 Um soziale Ungerechtigkeit abzubauen, reicht es nicht, nur Reiche zu besteuern.
130 Daher müssen diese Maßnahmen mit höheren Löhnen für die untere Hälfte der
131 Gesellschaft und höheren Sozialhilfen einhergehen.

132 **Arbeitskampf heißt feministischer Kampf!**

133 Wir solidarisieren uns mit **den Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG,**
134 **GEW und ver.di und unterstützen sie** in den bestehenden und kommenden
135 Arbeitskämpfen. Sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene Tarifverträge, um
136 die Beschäftigten finanziell zu stärken und krisenfest zu machen. Das bedeutet
137 auch: Höhere Löhne für alle!

138 In den vergangenen 1,5 Jahren Pandemie haben wir gesehen, wie essenziell
139 systemrelevante Infrastruktur der Gesundheitsversorgung ist, damit die gesamte
140 Gesellschaft funktioniert. Dabei haben wir erneut schmerzlich feststellen
141 müssen, dass besonders solche Berufe in der Care-Arbeit schlecht bezahlt werden
142 und die Arbeitsbedingungen unzumutbar prekär sind. Da Care-Arbeit vor allem von
143 Frauen, lesbischen, inter, trans* und agender Personen (FLINTA*) erledigt wird –
144 ob bezahlt oder unbezahlt – deckt dieses System einen weiteren Unterdrückungs-
145 und Ausbeutungsmechanismus des kapitalistischen Patriarchats auf. Wir kämpfen
146 gemeinsam für die gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen. Dafür
147 müssen **Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche**
148 **Hand**, um sich dem Profitzwang von privaten Trägern wie Ameos zu entziehen.

149 **Mobilität als Grundrecht für alle!**

150 Bahnfahren ist im Moment leider zu teuer – es kann sich nicht jede Person
151 leisten, mal einen kleinen Ausflug nach Leipzig oder Potsdam, nach Halle oder
152 Magdeburg zu machen. Was wir brauchen? Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und
153 massive Investitionen in Bus und Bahn! So werden Pendler*innen zielgerichtet
154 entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht
155 und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität
156 hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität. Bund und Land
157 müssen hier also eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im Monat** anbieten –
158 **49 Euro** sind einfach zu teuer! Das sind fast 600 Euro im Jahr! Insbesondere
159 außerhalb der Städte muss der ÖPNV passend dazu massiv ausgebaut werden. Ziel
160 ist eine öffentlich organisierte Mobilität, die allen offen steht und zum Alltag
161 passt. Egal ob du in Halle oder Havelberg lebst und unabhängig von deinem
162 Geldbeutel!

163 **Nur gemeinsam können wir es schaffen!**

164 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt sagen: Genug ist genug! In den nächsten
165 Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen, Druck
166 auf die Landesregierung ausüben und für echte Entlastungen auf die Straße gehen.

167 (1) [https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)
168 [deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)